

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Amts- und Anzeigebblatt“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hanneböhn, verantwortlich: Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 183.

60. Jahrgang.
Sonntag, den 9. August

1913.

Zum Friedensschluß.

Der am Mittwoch abgeschlossene mündliche Friede zwischen den Balkanern ist nunmehr ebenso wie das Demobilisierungsabkommen unterzeichnet und desgleichen hat Rumänien bereits den Befehl zum Abrücken gegeben:

Bukarest, 7. August. Heute vormittag ist der Friede von Bukarest unterzeichnet worden; auch die Unterzeichnung des Demobilisierungsabkommens hat stattgefunden. Die Einigung zwischen den Balkanstaaten und Bulgarien ist vollzogen. Bulgarien hat sich in alles gefügt, nur hat es gebeten, die Großmächte möchten bei Prüfung des Vertrages seine Lage berücksichtigen.

Bukarest, 7. August. Mit dem heutigen Tage ist die Demobilisierung der rumänischen Armee angeordnet worden. Die Entlassung der in der Landwirtschaft beschäftigten Soldaten soll mit Rücksicht auf die Erntearbeiten raschestens erfolgen. Die kranke, verdächtige Truppenteile werden an der Donau einer Quarantäne unterworfen. Die gesamte Presse feiert den Friedensschluß und hebt die bedeutungsvolle Rolle hervor, die Rumänien bei der Brandung der Balkankrise gespielt hat. Die Blätter drücken die Hoffnung aus, daß der Friede von Bukarest nicht das Schicksal des Vertrages von San Stefano haben werde.

Bukarest, 7. August. Der englische Botschafter hat die Note seiner Regierung zurückgezogen, welche forderte, daß der Bukarester Friedensvertrag von den Mächten revidiert werden solle. Dies wird als eine Niederlage Österreichs angesehen, welches, so sagt man, die Revision für seine speziellen Zwecke ausbeuten wollte. Deutschland hat bereits auf die Revision verzichtet. Nun habe sich auch England in diesem Sinne entschieden.

Nun aber ist der Friede geschlossen, da versichert man schon wieder durch Börsemännchen Erregung hervorgerufen:

Berlin, 7. August. Die heute an der Pariser Börse verbreiteten Gerüchte von einer Kriegserklärung Bulgariens an die Türkei werden dem türkischen Telegraphen-Bureau von der Berliner bulgarischen Gesandtschaft als freie und tendenziöse Erfindung bezeichnet. Die Gesandtschaft habe keinerlei derartige Nachrichten erhalten.

Der Schritt der Mächte bei der Pforte, der die Herausgabe Adrianopels an Bulgarien bezwecken soll, ist nunmehr auch erfolgt:

Konstantinopel, 7. August. Die Botschafter der sechs Mächte besuchten heute mittag den Großwesir einzeln und überreichten eine Verbalmote bezüglich der Frage von Adrianopel, in der die Türkei aufgefordert wird, den Vertrag von London zu respektieren.

Reich, Staat, Gemeinde.

Eine finanzpolitische Betrachtung von Richard Witting.

Vom Wehrbeitrag möchte ich hier nicht sprechen, obwohl auch darüber manches zu sagen wäre. Aber ist denn an und für sich durch das Herausheben einer vollen Milliarde aus den Taschen verhältnismäßig weniger Besitzenden die Forderung der Ver. Wassermann-Erzberger nach Vermögenssteuern nicht reichlich und überreichlich erfüllt; muß diesem Schrei nach direkten Steuern auch noch mit dauernden Leistungen nachgekommen werden? Und ist es auch nur denkbar, daß wir dieses in der Finanzgeschichte aller Staaten und Länder bisher unerhört gewesene Experiment in Friedenszeiten noch einmal wiederholen? Eine Regierung, die wirklich regiert, die nicht bloß allenfalls verwaltert und die Bedürfnisse jedes einzelnen Tages und jeder einzelnen Stunde erfüllt, dürfte nicht, allen Warnungen zum Trotz, die offenkundige Not unserer Rüstung jahrelang wachsen lassen, bis nur noch mit einem Gewaltakt zu helfen war. Aber lassen wir, wie gesagt, den Wehrbeitrag beiseite; sehen wir uns einen Augenblick

die Vermögenszuwachssteuer an, auf die ihre Wäter so stolz sind. Man kann das Einkommen besteuern — möglichst differential, nach Arbeit oder Rente, und so scharf, als es die Bedürfnisse von Staat und Gemeinde verlangen; man kann das Vermögen besteuern, das fundierte wie das unfundierte, das bewegliche schärfer als das immobile; aber man kann nicht Einkommen und Vermögen noch einmal bei dem sogenannten Zuwachs fassen wollen, der kaum jemals gerecht zu erfassen sein wird; es sei denn, daß jemand alle drei Jahre einen Haufen Banknoten auf den andern legt oder ausschließlich mit erksüßigen Hypotheken arbeitet. Die Erfinder und Befürworter der Zu-

wachssteuer scheinen fremdes oder eigenes Vermögen im größeren Umfang verwaltet, eine Bilanz nicht gezogen und Inventur nie aufgemacht zu haben, und was sie so nett und stolz von „Konjunktur“ und „Spekulationsgewinn“ sagen, riecht höchlich ausgebrüht, nach grünen Tischen. Vermögen, mähtiges und großes, wird schon nach dem Grundsatze der Verteilung des Risikos von jedem geschäftskundigen Menschen möglichst vielseitig angelegt in Fonds, Renten, in Bank- und Industrie-Aktien aller Art, in Aktien und Gesellschaftsanteilen, was an einer Seite gewonnen wird, geht recht oft an einer anderen verloren. Der weitaus größte Teil des deutschen Vermögens aber arbeitet, arbeitet in Handel, Landwirtschaft und Industrie, in Schiffahrt, Expedition und Kolonien, und es gibt kaum etwas Schwierigeres als den bündigen Nachweis eines wirklichen, nicht nur bilanzmäßigen Vermögenszuwachs an einem bestimmten Stichtage. Der Händler in Textil und Leder, der Bankier mit seinen Effekten und Beteiligungen, der Fabrikant mit seinen Rohstoffen und Halbfabrikaten, der Landwirt mit seinen Vorräten — wie kann er am 31. Dezember einen Zuwachs deklarieren mit auch nur annähernder Sicherheit, daß dieser deklarierte Zuwachs nicht schon am 1. April wieder verloren geht? Das bilanzmäßige Wachstum des Vermögens wird durch eine — meinetwegen stark progressiv steigende Einkommensteuer und durch eine Vermögenssteuer kräftig und ausreichend erfaßt; der ganze Begriff des steuerlichen Vermögenszuwachs aber ist ein perverter, ein papierner, ist anscheinend von Männern erdacht, die dem wirklichen Wirtschaftsleben so fernstehen wie der Derrisch der Börsenspekulation. Auf die Deklarationen und die sich daran knüpfenden Prozesse kann man einigermaßen gespannt sein, namentlich nach den Proben, die man bei der Vermögenszuwachssteuer schauernd erlebt hat. Gibt es denn keine Lohndrückerei, die in diesem armen Lande einmal nicht gemacht wird? Indes, ich glaube, man braucht sich über diese feuerliche Mißgeburt nicht allzusehr aufzuregen; aller Voraussicht nach wird sie ebenso rasch verschwinden wie die übrigen Produkte einer weltfremden Gesetzgebung rasch verschwinden sind. Ich erinnere nur an die Fahrkartensteuer, die Reichwertzuwachssteuer und noch so manches andere.

Aber schließlich wird das Deutsche Reich und werden seine Finanzen noch nicht in die Brüche gehen, weil in den letzten Jahren eine steuerliche Lohndrückerei auf die andere gepflanzt wird. Das Schlimmste, das wahrhaft Vernünftige, liegt auf einem anderen Gebiet, liegt in der Preisgabe direkter Steuern an ein Parlament, das, wie der Deutsche Reichstag, schon jetzt unter der Herrschaft der Masse steht. Wenn die Besitzlosen, mögen es arbeitende Proletarier sein oder die sogenannte Intelligenz, in einem Parlament des allgemeinen gleichen Wahlrechts über das Portemonnaie der Besitzenden souverän zu verfügen haben, und wenn eine schwache Regierung dem milde zuschaut — dann sind wir schon mitten drin im sozialistischen Zukunftsstaat. Deshalb hätte der Reichstag gegen die Anfänge dieser unheilvollen Finanzpolitik sich mit der ganzen Macht und Wucht seines Amtes wenden müssen; er mußte schon gegen den Besitzsteuerantrag Wassermann-Erzberger das schwerste Geschütz auffahren, er mußte schon hierbei oder noch früher die Dinge zum Diegen oder Brechen bringen. Denn hier handelt es sich wirklich um Existenzfragen für alles staatliche und kommunale Einzelleben. Bei hinreichender Aufklärung der öffentlichen Meinung durch eine aktive Staatskunst, die uns freilich seit einigen Jahren fehlt, hätte man angesichts der ungeheuren Macht, die einer tatkräftigen Exekutive noch heute zu Gebote steht, manches erreichen können. Vor allem aber hätte der Kanzler die Bundesstaaten und den Bundesrat geschlossen hinter sich gehabt, während er heute, darüber kann man sich doch nicht täuschen, nur eine höchst widerwillige Gefolgschaft hat und in den nächsten Jahren eine noch nie dagewesene Reichsverdorbenheit auslösen wird.

Ich beklage es, daß es immer noch nicht gelungen ist, die Erbschaftsteuer entsprechend auszubauen, aber ich hätte schwere Bedenken, diese Erbschaftsteuern heute der Bestimmung des Deutschen Reichstages zu überlassen. Sachlich und politisch gebühren auch die Erbschaftsteuern den einzelnen Staaten — es sei denn, daß man mit Adolf Wagner und seinen Anhängern die Steuerpolitik als ein Mittel betrachtet, die bestehende Vermögensverteilung allmählich zu ändern. Nehmt, was ihr für die Bedürfnisse des Staates und der Gemeinden, für alle Kulturaufgaben im weitesten Sinne braucht, von den Besitzenden; ihr habt sie bisher nicht geschenkt, werdet und sollt sie weiter nicht schonen. Aber macht die Erfüllung dieser Kulturaufgaben nicht dadurch unmöglich, daß ihr den Demos, den demokratischen und klerikalen, zum unbeschränkten Herrn über unser Hab und Gut einsetzt. Und dahin geht der Weg, täuschen wir uns doch nicht selbst; hier geht ja der Abgrund, von dem ich immer wieder spreche!

Es gibt ja aber doch keinen anderen Ausweg — das ist bei uns das A und O aller Staatsweisheit. Hat man es denn schon versucht, endlich und entschlossen versucht? Hat man, nach Befragung der ersten Sachverständigen der Nation ein festumrissenes Finanzprogramm aufgestellt und es

jahrelang mit allen zulässigen Mitteln vorbereitet und verteidigt? Etwa so wie Herr v. Tirpitz die Flottenpolitik vorbereitet und durchgeführt hat? Nichts davon ist geschehen; seit Miquels genialem Reformgesetz ist in der Steuerpolitik alles kümmerliche Flickarbeit. Sind in einem Volk, das vier Milliarden in einem Jahr vertrinkt und eine Milliarde verbraucht, nicht noch starke Summen aus Bier, Branntwein, Wein und Tabak herauszuholen? Haben nicht hervorragende Sachkenner unsere Genußmittelbesteuerung für immer noch embryonal erklärt? Sind die großen Organisationen in Branntwein, Bier, Wein und Tabak schon unüberwindlich? Lassen sich die Verbrauchssteuern, wie Schaffle sie vor einem Menschenalter vorgeschlagen und Späterer sie verbessert haben, nicht ganz wesentlich ausbauen und ertragreich gestalten — trotz dem Widerspruch der Feuerversicherungsgesellschaften? Sind die Stempelsteuern nicht außerordentlich verbesserbar, und könnte man nicht an andere Produktions-Handels-Verkehrungs-Monopole denken? — Freilich, auch für das Reich ist wohl allmählich die Grenze gekommen, über die wir mit den Ausgaben nicht herauddürfen;

rücksichtslose Sparsamkeit gilt es überall. Vor allem aber Hände weg im Reiche von den direkten Steuern, sie mögen heißen wie sie wollen! Denn hier tut jeder Groschen den Einzelstaaten und Gemeinden wahrlich bitter not!

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Besprechungen des Reichskanzlers. Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, der am Donnerstag aus Hohenfinow in Berlin eingetroffen ist, hat am Nachmittag eine Reihe von Anträgen entgegengenommen und Besprechungen abgehalten. Am Freitag vormittag wird sich der Reichskanzler zum Vortrag beim Kaiser nach Swinemünde begeben.

— Die „Norddeutsche“ über den Krupp-Prozess. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In den Betrachtungen der bürgerlichen Blätter zu dem kriegsgerichtlichen Urteil im Verfahren gegen Tilius und Genossen kommt die Geltendmachung über die öffentliche Klarstellung des Geschehenen, soweit sie in diesem Verfahren möglich war, zu ihrem Recht. An der wirklichen Bedeutung der unentscheidbaren Vorkommnisse ist vor Gericht nichts abgeschwächt, nichts beschönigt worden. Gerade dadurch aber wird den Uebertreibungen der Boden entzogen, mit denen der Abgeordnete Liebknecht die öffentliche Behandlung der Angelegenheit eingeleitet hat. Der eiskalte Verlauf der amtlichen Maßregeln zur Aufklärung agitatorisch vergrößert Mißstände ist für die Sozialdemokratie eine Enttäuschung. Ein „Panama“ der deutschen Heeresverwaltung gibt es nicht. Das haben nach eingreifender Beweisaufnahme die Vertretung der Anklage und die Prozessleitung festgestellt und in den unvoreingenommenen Besprechungen des Urteils wird dieses Ergebnis gegenüber allen Aufbauschungsversuchen in das richtige Licht gesetzt. An diesem Ergebnis kann auch durch das noch bevorstehende zweite Gerichtsverfahren, dessen Feststellungen im übrigen abzuwarten bleiben, nichts geändert werden.

— Der Prozess gegen die Kruppischen Beamten. Nach einer Mitteilung der „Braunschweigischen Landeszeitung“ wird der zweite Krupp-Prozess in der ersten Septemberwoche vor der Strafkammer in Moabit stattfinden. Die Zeugenvernehmungen sind bereits ergangen. Es sind 23 Zeugen und fünf Sachverständige geladen. Die Anklage richtet sich gegen sämtliche Mitglieder des Direktoriums der Firma Krupp und gegen den früheren Berliner Vertreter Brandt. Für die Verhandlung sind vier Tage vorgesehen.

— Die Lösung der Braunschweigischen Thronfolge-Frage. Ein Berliner Mitteilungsblatt glaubt folgendes über die Ergebnisse der Beratungen des Bundesrats in Sachen der braunschweigischen Thronfolge berichten zu können: „Wie verlautet, wird der Bundesrat von dem Prinzen Ernst August von Cumberland den ausdrücklichen Verzicht auf die Krone des ehemaligen Königreichs Hannover verlangen. Der Prinz ist bereit, diesen Verzicht zu unterzeichnen. Die Erledigung der Angelegenheit, der durch die erneute Agitation der Welfenpartei eine Komplikation brachte, wird so beschleunigt werden, daß der Wechsel in der Regierung Braunschweigs, wie geplant, Ende Oktober erfolgen kann.“

ge-
bis
ver-
dem
Ber-
umiga
ne das
Tat-
sachl.
Defe-
stoll
n der
rden
von
1907
g des
Revi-
eiden.
und
Revi-
Kon-
n der
rieden
af die
Men-
tschei-
bk.
116.76
208.
861 -
186 -
88.60
891 -
191.76
91 -
254.76
140.76
89 -
166 -
67/
77/
orgen-
n Ver-
ist aus
bahnen.
zbuch
thal über
thal vor.
en. Das
u. mehr.
ittet, das
abzugeb.
ise
ons
Teln
estr. 1.
lage
ktober zu
he 24.
gefelle
nigen An-
a in der
ungen
nebohn.